

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 21. Oktober 2025, Az.: STM61-0123-6/4/3:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 3. Quartal 2025.

Haßler
Staatssekretär

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg
über aktuelle europapolitische Themen
3. Quartal 2025

I. Europapolitische Schwerpunktthemen	2
Vorsitz der Europaministerkonferenz (EMK)	2
Delegationsreise nach Frankreich und in die Schweiz	3
II. Laufende europapolitische Themen	3
Bundesrat: Rechtsstaatlichkeit in der EU 2025	3
Ausschuss der Regionen (AdR)	4
Europapolitische Gespräche und Veranstaltungen	4
Dynamischer Europapool	7
Europaöffentlichkeitsarbeit	7
III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit	8
Frankreich	8
Makroregionale Strategien	9
Vier Motoren für Europa	10
Interreg Oberrhein	11
Internationale Bodensee-Konferenz (IBK)	11
IV. Entwicklungspolitik	11

I. Europapolitische Schwerpunktthemen

Die europapolitischen Schwerpunkte im 3. Quartal 2025 bildeten der baden-württembergische Vorsitz der Europaministerkonferenz (EMK) sowie die Delegationsreise von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Staatssekretär Florian Haßler nach Frankreich und in die Schweiz.

Vorsitz der Europaministerkonferenz (EMK)

Am 24./25. September 2025 fand die 98. EMK in Baden-Baden statt. Dies war die erste Sitzung der EMK unter baden-württembergischem Vorsitz. Staatssekretär Florian Haßler leitete die Sitzung. Schwerpunktthemen waren die Wettbewerbsfähigkeit mit Schwerpunkt Forschung und Innovation, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Frankreich, der Reformprozess des Büros des Beobachters der Länder bei der EU, die Beziehung zwischen der EU und der Schweiz sowie der Mehrjährige Finanzrahmen 2028-2034.

Zu allen Themen wurden einstimmige Beschlüsse gefasst. Als Ehrengast der EMK hielt der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Stephan Harbarth, eine Rede zum Thema der Vereinbarkeit von Unionsrecht und nationalem Recht.

Der Beschluss zu Forschung und Innovation betont die Wichtigkeit von Forschung und Innovation für die EU und unterstützt eine wissenschaftsgeleitete Ausrichtung der Förderung im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034. Er setzt sich für eine klare Governance-Struktur, Planungssicherheit und die Eigenständigkeit des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation ein, während er auch die Vereinfachung von Verfahren und die Stärkung des Europäischen Forschungsraums befürwortet. Impulse zum Thema Wettbewerbsfähigkeit im Bereich Forschung und Innovation gab es vom Präsidenten des ZEW, Prof. Achim Wambach, und von Prof. Dr. Jan S. Hesthaven, Präsident des KIT.

Mit dem Beschluss zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Frankreich betonten die Mitglieder der EMK die wichtige Rolle des deutsch-französischen Motors in Europa und insbesondere die Bedeutung der Interreg-Programme. Zu diesem Thema gab es einen Beitrag des Präsidenten der Region Grand Est, Franck Leroy.

Die EMK fasste einen Beschluss zu den Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz, der die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie die Forschungs- und Wissenschaftskooperationen unterstreicht und die Verhandlungen zwi-

schen der Europäischen Kommission und der Schweiz über ein neues Vertragspaket begrüßt. Input gab es dazu vom Präsidenten der Konferenz der Kantonsregierungen, Dr. Markus Dieth.

Zum Thema Mehrjähriger Finanzrahmen 2028-2034 war Gunther Krichbaum MdB, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, virtuell zugeschaltet. Der Beschluss begrüßt u.a. die Errichtung des Europäischen Fonds zur Wettbewerbsfähigkeit, kritisiert allerdings eine mögliche Kompetenzbeschneidung der Länder bei den nationalen und regionalen Partnerschaftspläne.

Delegationsreise nach Frankreich und in die Schweiz

Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Staatssekretär Florian Haßler unternahmen vom 29. September bis 1. Oktober 2025 eine Delegationsreise nach Frankreich und in die Schweiz, an der u.a. auch Wissenschaftsministerin Petra Olschowski MdL und Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Patrick Rapp MdL teilgenommen haben. Ziel war die Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vor allem in den Bereichen Forschung und Innovation (Vor-Ort-Termin an der Universität Straßburg zu Quantencomputing und KI), Sicherheit und Verteidigung (Besuch des deutsch-französischen Instituts für Sicherheits- und Verteidigungsforschung in Saint-Louis, ISL) sowie Luft- und Raumfahrt (Roundtable im Innovationspark Zürich-Dübendorf). Ministerpräsident Kretschmann traf den Präsidenten der Region Grand Est, Franck Leroy, den Präfekten der Region Grand Est, Jaques Witkowski, den Regierungspräsidenten des Kantons Zürich, Dr. Martin Neukom sowie weitere Vertreter des Regierungsrates zu politischen Gesprächen. Den Schlusspunkt der Reise bildete eine Rede des Ministerpräsidenten an der Universität Zürich zur Zukunft der EU-Schweiz-Beziehungen.

II. Laufende europapolitische Themen

Bundesrat: Rechtstaatlichkeit in der EU 2025

Am 26. September 2025 fasste der Bundesrat einen Beschluss (BR-Drucksache 340/25) zum Bericht der Europäischen Kommission über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU für das Jahr 2025 auf Initiative des Landes Baden-Württemberg. Angesichts der globalen Herausforderungen für die Rechtsstaatlichkeit unterstreicht der Bundesrat darin die Bedeutung der Stärkung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in das Justizsystem und sowie der Gewährleistung der Gewaltenteilung für die Unabhängigkeit der Justiz. Der Bun-

desrat begrüßt zudem die erstmalige Berücksichtigung der Binnenmarktdimension im diesjährigen Bericht und die Rechtsstaatlichkeitskonditionalität im Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034. Die Verschlechterung ihrer Bedingungen in einigen Mitglied- und Kandidatenstaaten nimmt der Bundesrat mit Sorge zu Kenntnis. Er stellt fest, dass der Schutz der Rechtsstaatlichkeit unverzichtbar ist, um sich gegen externe Einflüsse zu rüsten, welche die Destabilisierung der Demokratien innerhalb der EU und in ihren angrenzenden Regionen zum Ziel haben. Für die Weiterentwicklung des Rechtsstaatlichkeitsberichts regt der Bundesrat an, künftig Auswirkungen der Künstlichen Intelligenz auf die Rechtsstaatlichkeit zu berücksichtigen.

Ausschuss der Regionen (AdR)

Am 2./3. Juli 2025 nahm Staatssekretär Florian Haßler an der 167. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel teil. Es gab Debatten mit den EU-Kommissaren Apostolos Tzitzikostas, Christophe Hansen und Jessika Roswall. Dabei ging es u.a. über die Gemeinsame Agrarpolitik der EU ab 2028 sowie über nachhaltigen Tourismus. Der AdR verabschiedete während der Plenarsitzung mehrere Stellungnahmen und Initiativen, u.a. zum Deal für eine saubere Industrie (Clean Industrial Deal), zu Stützungsmaßnahmen im Weinsektor sowie zur Klimapolitik und zur COP 30.

Europapolitische Gespräche und Veranstaltungen

Gespräch mit Exekutiv-Vizepräsidentin Minzatu und Exekutiv- Vizepräsidenten Fitto

Am 2. Juli 2025 tauschte sich Staatssekretär Florian Haßler im Rahmen einer Delegation der EURegions4Cohesion mit Exekutiv-Vizepräsident Raffaele Fitto und Exekutiv-Vizepräsidentin Roxana Minzatu aus. Dabei ging es u.a. die Zukunft des Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 und der EU-Kohäsionspolitik. Staatssekretär Haßler setzte sich dabei dafür ein, dass insbesondere Arbeitnehmer in der Transformation unterstützt werden müssen und es auch Kohäisionsmittel für stärker entwickelte Regionen brauche.

Veranstaltung „Die Transformation der Automobilwirtschaft: Anforderungen an die zukünftige europäische Struktur- und Kohäsionspolitik“

Gemeinsam mit der niedersächsischen Ministerin für Europa und Regionale Landesentwicklung, Melanie Walter, richtete Staatssekretär Florian Haßler am

1. Juli 2025 eine Veranstaltung zum Thema „Die Transformation der Automobilwirtschaft: Anforderungen an die zukünftige europäische Struktur- und Kohäsionspolitik“ in der Landesvertretung in Brüssel aus. Baden-Württemberg und Niedersachsen sind tragende Säulen der deutschen und europäischen Automobilwirtschaft. Die erfolgreiche Umsetzung der Transformation hat erhebliche Auswirkungen auf beide Regionen sowie auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU insgesamt. Lösungsmöglichkeiten und Bedarfe in der nächsten Kohäsionspolitik wurden dabei mit der Generaldirektorin Themis Christophidou, Matthias Ecke MdEP und verschiedenen Branchenvertretern diskutiert.

Politische Jahreskonferenz der „Automotive Regions Alliance“

Am 9./10. September 2025 nahm Staatssekretär Florian Haßler an der vierten politischen Sitzung der „Automotive Regions Alliance“ (ARA) teil, die vom bayrischen Wirtschaftsministerium am Rande der IAA Mobility in München organisiert wurde. Beim Austausch von über 30 politischen Vertreterinnen und Vertreter verschiedener europäischer Automobilregionen mit Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission machte Staatssekretär Haßler deutlich, wie stark Baden-Württemberg vom Wandel der Automobilindustrie betroffen ist. Er forderte deshalb dezidierte Finanzierungsmöglichkeiten für die regionale Transformation durch die EU-Kohäsionspolitik sowie einen starken Fokus auf Forschungs- und Innovationsförderung im Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034. Zudem setzte er sich für Flexibilisierungen bei den CO₂-Flottengrenzwerte für PKW und leichte Nutzfahrzeuge und bessere Rahmenbedingungen für den Hochlauf der Elektromobilität ein. Diese Punkte wurden u.a. in der „Münchener Erklärung“ der ARA festgehalten, die bei der Sitzung beschlossen wurde. Anschließend fand ein Besuch der politischen Vertreterinnen und Vertreter der ARA auf der IAA Mobility statt.

Besuch von Exekutiv-Vizepräsidentin Virkkunen in Baden-Württemberg

Am 7. Juli 2025 besuchte Henna Virkkunen, die Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für technologische Souveränität, Sicherheit und Demokratie Baden-Württemberg. Im Zentrum des Besuchs standen die Themen Künstliche Intelligenz und autonomes Fahren. An der Universität Stuttgart besuchte die Exekutiv-Vizepräsidentin im Hochleistungsrechenzentrum die AI Factory „HammerHAI“, eine von 13 von der EU prämierten AI Factories. Mit dabei waren auch Vertreterinnen und Vertreter des IPAI (Innovation Park Artificial Intelligence) und des Cyber-Valleys. Anschließend besuchte die Exekutiv-Vizepräsidentin das Testfeld autonomes Fahren in Karlsruhe.

Bilaterale Gespräche von Staatssekretär Florian Haßler in Brüssel

Staatssekretär Florian Haßler führte ein Gespräch mit MdEP Carla Tavares (S&D, Portugal), die neben MdEP Siegfried Muresan (EVP, Rumänien) Ko-Berichterstatterin für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 ist. Bei dem Gespräch konnte Staatssekretär Haßler die Positionen des Landes ansprechen. Staatssekretär Haßler hat MdEP Tavares, die zugleich Vorsitzende der Delegation EU-Indien im Europäischen Parlament ist, auch über die Beziehungen des Landes zu der indischen Region Maharashtra informiert und zum News9 Global Summit am 9./10. Oktober 2025 in Stuttgart eingeladen.

BWUK-Office Sommerempfang

Der jährliche Netzwerkanlass des baden-württembergischen Auslandsbüros in London brachte am 17. Juli 2025 auf Einladung von Staatssekretär Florian Haßler Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, präsentierte die Arbeit des BWUK-Office im vergangenen Jahr und gab einen Ausblick auf bevorstehende Projekte. Staatssekretär Haßler hob dabei die enge Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und dem Vereinigten Königreich hervor und verwies auf erfolgreiche Zusammenarbeit, z.B. in den Partnerschaften mit Wales und Schottland und beim deutsch-britischen Tech-Accelerator-Programm. Neben Beiträgen von Nicola Pinder, Repräsentantin des Landes Baden-Württemberg im Vereinigten Königreich, Jane Kirz vom Britischen Generalkonsulat und Jürgen Schwehr von der British Chamber of Commerce in Germany fand eine Paneldiskussion zum Thema „The LÄND x UK: Zwei Länder, zwei Unternehmen, ein Erfolgsmodell“ statt.

German-American Friendship Day

Bereits zum dritten Mal fand am 24. September 2025 im Neuen Schloss der German-American Friendship Day statt. Auf Einladung von Minister Dr. Danyal Bayaz wandte sich die Veranstaltung an die deutsch-amerikanische Gemeinschaft in Baden-Württemberg und wurde in Kooperation mit den vier deutsch-amerikanischen Einrichtungen in Baden-Württemberg durchgeführt. Als Ehrengast nahm der US-amerikanische Generalkonsul Brian Heath an der Abendveranstaltung unter dem Motto „Resilient ties: Celebrating Transatlantic Friendships“ teil.

Dynamischer EuropapoolHallstein-Seminar

Vom 16. bis 18. Juli 2025 fand das Hallstein-Seminar in Brüssel statt. Eine gemeinsame Delegation von 48 oberen Führungskräften aus Baden-Württemberg und Bayern haben dabei ein europapolitisches Seminarprogramm absolviert. Es bot die Gelegenheit, die europäischen Entscheidungsabläufe und europapolitische Schwerpunktthemen mit besonderem Landesbezug näher zu vertiefen. Zudem konnten sich die baden-württembergischen und bayerischen Kolleginnen und Kollegen untereinander austauschen und vernetzen.

Tipps und Tricks für Pool-Mitglieder

Am 23. September 2025 hat die dritte Ausgabe der Veranstaltungsreihe „Tipps und Tricks für Pool-Mitglieder“ stattgefunden. Im Rahmen dieser digitalen Veranstaltung stellten zwei Kollegen der Europäischen Kommission – Vertretung in Deutschland die mehrsprachigen KI-gestützten Dienste der Europäischen Kommission vor.

Neumitgliedertreffen

Das erste Neumitgliedertreffen des Dynamischen Europapools in diesem Jahr fand am 24. September 2025 im Staatsministerium statt. Es nahmen 21 Neumitglieder am Treffen teil. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen und neue Kontakte zu knüpfen.

EuropaöffentlichkeitsarbeitEMK-Vorsitz / UAG Europapolitische Öffentlichkeitsarbeit

Die Auftaktsitzung der Unterarbeitsgruppe (UAG) Europapolitische Öffentlichkeitsarbeit der Ständigen Arbeitsgruppe der EMK fand am 2./3. Juli 2025 in Ulm statt, die darauffolgende Sitzung am 18. September 2025 wurde in einem digitalen Format abgehalten. Ziel der UAG ist es, sich zu Themen der Öffentlichkeitsarbeit länderintern auszutauschen. Themen, die schwerpunktmäßig in diesem Vorsitzjahr behandelt werden, sind Künstliche Intelligenz und europapolitische Bildung. Aktuell werden gemeinsam mit der Europäischen Kommission digitale Unterrichtseinheiten für Grundschulen erstellt.

Schülerquiz

In Kooperation mit dem Statistischen Landesamt wurde in 2025 das beliebte Schülerquiz zum 30. Mal durchgeführt, bei welchem Fragen rund um Europa beantwortet werden. Insgesamt haben 1.881 Schülerinnen und Schüler teilgenommen. Im Juli 2025 fand die Preisverleihung auf dem Schloss Solitude durch die Präsidentin des Statistischen Landesamtes, Dr. Anke Rigbers unter Teilnahme des Staatsministeriums statt.

III. Grenzüberschreitende und interregionale ZusammenarbeitFrankreichPartnerschafts-Konzeption Baden-Württemberg und Frankreich

Am 14. Juli 2025 feierte die Partnerschafts-Konzeption Baden-Württemberg und Frankreich ihr fünfjähriges Bestehen. In einer Video-Botschaft an die baden-württembergisch-französische Öffentlichkeit nannte Staatssekretär Florian Haßler einzelne Leuchtturmprojekte und dankte allen Beteiligten. Mit der Partnerschafts-Konzeption hat sich Baden-Württemberg im Jahr 2020 einen langfristigen, ressortübergreifenden Handlungsrahmen für die Zusammenarbeit mit Frankreich gegeben. Dabei setzen alle Häuser eigenverantwortlich Initiativen und Projekte um. Das Staatsministerium ist zudem koordinierend tätig. Zu den Leuchttürmen zählen u.a. die gegenseitige Anerkennung von Jugendtickets der Région Grand Est und Baden-Württembergs in den Sommermonaten 2024 und 2025, der Hochschulverbund „EUCOR – the European Campus“ mit drei etablierten Brückenprofessuren und der Mikroprojektfonds, der bisher knapp 150 Begegnungsprojekte niederschwellig gefördert hat.

Deutsch-französischer Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ)

Der deutsch-französische Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ) tagte unter der Leitung der rheinland-pfälzischen Staatssekretärin Heike Raab und dem Regionalpräfekten Grand Est, Jaques Witkowski, am 15. Juli 2025 im Mainz. Eine Aussprache über die intensivierten Grenzkontrollen des Bundes sowie zu den Schlussfolgerungen des Berichts über Grenzraumhürden in Frankreich der Nationalratsabgeordneten Brigitte Klinkert bildeten den Kern der Sitzung. Auch die Umsetzung des Abkommens von Lauterbourg über grenzüberschreitende Ausbildungen wurde diskutiert. Beschlüsse konnten zur Neufassung der AG Raumbewachung und zur Einrichtung einer AG

„Grenzüberschreitendes Duales Studium“ gefasst werden. Staatssekretär Florian Haßler kündigte als AGZ-Berichterstatter für das Thema Entsendung eine deutsch-französische Gesprächsrunde im Laufe des Jahres 2025 an, die unter dem Dach des AGZ erstmals die zuständigen nationale und regionale Stellen an einem Tisch versammeln wird. Die Pilotphase des Grenzraumchecks wurde bereits vor der Sitzung per Umlaufbeschluss gestartet.

Makroregionale Strategien

EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR)

Bei der Sitzung der UAG Europapolitische Öffentlichkeitsarbeit der EMK am 2./3. Juli 2025 in Ulm wurde unter Beteiligung der Servicestelle Donauraum u.a. auch die EU-Donauraumstrategie (EUSDR) und die Öffentlichkeitsarbeit mit Präsentationen zur Kommunikation innerhalb des Donauraums, in Baden-Württemberg, zum Donauprojektfonds thematisiert.

Am 10./11. September 2025 fand in Sarajewo unter Beteiligung des Staatsministeriums das Treffen der Nationalen Koordinator/-innen der statt. Die Teilnehmenden wurden über die Aktivitäten der bosnisch-herzegowinischen Präsidentschaft informiert, einschließlich der Organisation des 14. EUSDR-Jahresforums, das am 5./6. November 2025 in Sarajevo stattfinden wird. Es wurde auch über die Gemeinsame Erklärung, die Erarbeitung eines Positionspapiers und die Ministerkonferenz gesprochen. Betont wurde die Notwendigkeit eines einstimmigen Ansatzes bei der EUSDR-Governance-Entwicklung und die kommende bulgarische Präsidentschaft informierte über ihre Ziele und Prioritäten. Diese beinhalten die Verringerung wirtschaftlicher, territorialer und sozialer Ungleichheiten. Zudem wurde über die Mandatsverlängerung des Donaujugendrates (DYC) und die Aktivitäten des Netzwerkes der Jugendorganisationen im Donauraum (DYON) berichtet.

Am 16. September 2025 hat der Rat der EU in Brüssel den fünften Bericht zur Durchführung makroregionaler Strategien der EU gebilligt und die wertvolle Rolle der Strategien bei der Stärkung der Zusammenarbeit, des Vertrauens, der Vorsorge und der Resilienz anerkannt. Er ersucht die teilnehmenden Länder, ihre politische Führung und Eigenverantwortung in Bezug auf die Strategien zu stärken und fordert die Europäische Kommission auf, den Prozess der Anpassung der Strategien an ein sich wandelndes Umfeld zu erleichtern. Er unterstützt auch die Arbeit makroregionaler Jugendstrukturen und fordert die Europäische Kommission auf, im nächsten Bericht über die Durchführung der Strategien Ende 2027 die Fortschritte bei der Verwirklichung der strategischen und operativen Ziele zu überprüfen.

Seit 1. Juli 2025 wird das Netzwerk der Jugendorganisationen im Donaauraum (DYON) gefördert. Das Projekt zielt darauf ab, das Netzwerk zivilgesellschaftlicher Jugendorganisationen in der EUSDR zu etablieren und zu professionalisieren. Die Projektziele umfassen die Vernetzung und Implementierung von Jugendorganisationen sowie die Identifikation von Fördermitteln für eine langfristige Entwicklung des Netzwerks. Die erste damit geförderte Aktivität fand vom 13. bis 20. Juli 2025 in Bosnien-Herzegowina statt, mit 23 Teilnehmern aus sechs Ländern.

EU-Strategien für den Alpenraum (EUSALP)

Am 11./12. September 2025 fand unter Beteiligung des Staatsministeriums das Executive Board-Meeting in Wien statt. Dabei wurden der aktuelle Entwurf des Aktionsplans sowie Fragen zur Raumordnung im Alpenraum erörtert. Weitere Themen waren u.a. die neue Arbeitsperiode des Jugendrates und neueste Entwicklungen zum von Frankreich vorangetriebenen Pakt der Bergregionen.

Vier Motoren für Europa

Am 3. Juli 2025 kamen die Europaminister und Staatssekretäre der Vier Motoren für Europa zu politischen Gesprächen in Brüssel zusammen. Im Zentrum stand die Vorstellung zweier gemeinsamer Stellungnahmen der zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 sowie zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ, Interreg) nach 2027. Im Hinblick auf den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 sprechen sich die Vier Motoren für Europa für einen intelligenteren und stärker territorial ausgerichteten EU-Haushalt und die Stärkung der Kohäsionspolitik und der Regionen in der EU-Governance aus. Das gemeinsame Papier betont die Notwendigkeit vereinfachter Finanzierungsmechanismen sowie einer stärkeren Unterstützung für Industrieregionen im Wandel. Das Positionspapier der Vier Motoren für Europa zur ETZ bekräftigt deren Engagement für die grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit, Innovation und Kohäsion. Mit ihrer Beteiligung an 19 Interreg-Programmen und ihrer Führungsrolle in sechs Verwaltungsbehörden heben sie den Mehrwert hervor, den die ETZ insbesondere für Grenzregionen mit sich bringt und fordern eine auskömmliche finanzielle Ausstattung von Interreg sowie die Beibehaltung des dezentralen Ansatzes.

Interreg Oberrhein

Bei der Sitzung des Begleitausschusses des Interreg-Programms Oberrhein am 10. Juli 2025 wurden zehn neue Projekte mit einer Interreg-Gesamtförderung von fast 11,5 Millionen Euro bewilligt. Darunter etwa das vom Euro Institut koordinierte Projekt „GRENZCAP“, durch das die grenzüberschreitenden Kompetenzen von Entscheidungsträgern und Verwaltungsmitarbeitenden im Oberrheingebiet gestärkt werden sollen. Durch gezielte Fortbildungen, ein strukturiertes Rahmenmodell für Verwaltungsaustausche und gemeinsam nutzbare Werkzeuge soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter verbessert werden.

Internationale Bodensee-Konferenz (IBK)

Im Rahmen seiner Sommertour von 4. bis 7. August 2025 besuchte Staatssekretär Florian Haßler die Bodenseeregion. Zum Programm gehörten neben einer Radtour auf dem Bodenseeradweg oder der Besichtigung einer Kormoran-Kolonie in der Lipbachmündung ein Unternehmensbesuch bei Airbus in Immenstaad sowie der Ultramarin, Meichle + Mohr Marina in Kressbronn am Bodensee. Darüber hinaus führte er politische Gespräche in St. Gallen und in Frauenfeld (Thurgau).

Am 18. September 2025 fand im Rahmen des baden-württembergischen Vorsitzes in der IBK der Tag der Kommissionen statt. Rund 120 Teilnehmende aus vier Ländern kamen in der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung (HTWG) Konstanz zusammen. Die Tagung war in zwei Teile gegliedert, zunächst richteten vier Kurzimpulse den Blick auf zentrale Zukunftsthemen der IBK. Anschließend vertieften vier World-Cafe-Runden die Impulse und verdichteten sie zu klaren Kernaussagen. Am Rande des Tags der Kommissionen tagten am 18./19. September 2025 zudem die IBK-Kommissionen.

IV. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg, die UN-Agenda 2030 mit den Sustainable Development Goals sowie das Pariser Klimaabkommen bildeten im 3. Quartal den Rahmen für die entwicklungspolitische Arbeit des Staatsministeriums.

Entwicklungspolitischer Dialog Welt:Bürger gefragt!

Am 1. Juli 2025 fand die 5. Entwicklungspolitische Regionalkonferenz in Heidelberg mit Staatssekretär Rudi Hoogvliet und Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner statt. Über 120 Personen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft diskutierten neue Wege für ein Engagement für Globale Gerechtigkeit. Die Konferenz wurde vom Eine Welt-Regionalpromotor und der Interkulturellen Promotorin der Region organisiert. Drei thematische Dialogräume zu Migrantischem Engagement, Jungem Engagement für globale Gerechtigkeit sowie Nachhaltige öffentliche Beschaffung standen im Fokus. 37 regionale Organisationen mit Migrationsbezug präsentierten sich, junge Menschen brachten ihre Anliegen für ein Engagement für globale Gerechtigkeit ein und die neue Muster-Dienstanweisung der Metropolregion Rhein-Neckar mit Praxisbeispielen für nachhaltige Beschaffung wurde vorgestellt. Im Vorfeld der Konferenz tagte der Rat für Entwicklungszusammenarbeit (REZ) vor Ort.

SDG-Hochschultag

Ebenfalls in Heidelberg fand am 17. Juli 2025 mit Beteiligung von Staatssekretär Rudi Hoogvliet im Rahmen einer Podiumsrunde (hybrid) der SDG-Hochschultag statt, der von der Pädagogischen Hochschule Heidelberg in Kooperation mit dem Entwicklungspolitischen Hochschulnetzwerk Globale Partnerschaften (GloPart) vorbereitet wurde. Der Fokus lag auf dem Nachhaltigkeitsziel „Hochwertige Bildung“ (SDG 4). Die Veranstaltung wurde erstmals in Verbindung mit dem Jahrestreffen des BNE-Hochschulnetzwerkes organisiert, um Synergien zu schaffen und die Vernetzung zu stärken. Insgesamt bot die Veranstaltung eine wichtige Gelegenheit für den Austausch von Ideen und Erfahrungen zwischen Akteuren aus Hochschule und Zivilgesellschaft im Bereich der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE).

Jubiläumsveranstaltung 50 Jahre DEAB im Zeichen des Jungen Engagements

Am 30. Juli 2025 fand auf der Burg Hohenneuffen die Veranstaltung „Zwischen Kipppunkt und Klartext - Junge Stimmen für eine solidarische und klimagerechte Zukunft“ mit rund 80 jungen Menschen zwischen 16 und 35 Jahren statt. Im Rahmen des 50-jährigen Jubiläums des DEAB diskutierten die Anwesenden, darunter Jugendräte, mit Staatssekretärin Gisela Splett, Pascal Hagenmüller sowie den Abgeordneten Andreas Stoch und Raimund Haser über zentrale Zukunftsfragen wie Klimagerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein interaktives politisches Exit Game und eine Fishbowl-Diskussion ermöglichten es den Teilnehmenden, gemeinsam mit Vertretern der Politik

politische Herausforderungen zu lösen und Forderungen sowie zukunfts-gestaltende Ansätze für Fair-Änderungen in Baden-Württemberg für die nächste Legislaturperiode zu erarbeiten. Die Veranstaltung bot authentische Einblicke in die Perspektiven junger Menschen auf zentrale Zukunftsthemen und ermöglichte einen Austausch zwischen jungen Menschen, Zivilgesellschaft und Politik.

Fairer Lunch Talk und Bundeskonferenz der Eine Welt-Promotoren in Berlin

Am 18. September 2025 veranstalteten DEAB und Staatsministerium einen Fairer Lunch Talk unter Teilnahme von Staatssekretär Rudi Hoogvliet in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin statt. Im Mittelpunkt des Talks stand der Austausch über die Rolle der Zivilgesellschaft für Globale Gerechtigkeit sowie das „Eine Welt-Promotor*innen-Programms“ (EWP) mit seiner Bedeutung und erfolgreichen Wirkkraft in der Fläche.

Zuvor hatte die zweitägige 12. Bundeskonferenz der Eine Welt-Promotoren in Berlin mit Beteiligung des Staatsministeriums als Ländervertretung (Arbeits-ebene) stattgefunden, bei der es um die Frage einer Neupositionierung der Eine Welt-Arbeit und des Programms im Kontext einer globalen Polykrise sowie die Stärkung der Resilienz ging.